

Parlamentarische Kontrolle des Regierungs- und Verwaltungshandelns und Bürgerbeteiligung in der öffentlichen Finanzplanung

Ein Interview mit Pete Heuer, Stadtverordneter der Stadt Potsdam



Welche Bezüge hat die Arbeit eines Stadtverordneten zum guten Regierungs- und Verwaltungshandeln? Wie funktioniert die Bürgerbeteiligung an den öffentlichen Finanzen in Potsdam? Wie erreicht man Transparenz und Teilhabe in der parlamentarischen Arbeit als Stadtverordneter? Diese und weitere Fragen beantwortet der Stadtverordnete der Stadt Potsdam Pete Heuer im folgenden Interview.

Wo gibt es in Ihrer Arbeit als Stadtverordneter der Stadt Potsdam Bezüge zum guten Regierungs- und Verwaltungshandeln?

Regierungs- und Verwaltungshandeln ist so gut, wie die gewählten Volksvertreter es einfordern. Dazu zählt zum einen die strikte Kontrolle und zum anderen die präzise Formulierung von Zielstellungen. Die Ausgestaltung beider Funktionen sollte – auch wenn es zunächst widersprüchlich klingen mag – in einer von gegenseitiger Akzeptanz und fachlicher Wertschätzung geprägten Atmosphäre erfolgen. Als entscheidend dabei habe ich die konstruktive Arbeit in den Fachausschüssen erlebt. Dort treffen die hohe fachliche Kompetenz der Verwaltung und die sozialen und politischen Ambitionen der Stadtverordneten aufeinander und werden in Form gebracht. Nur eine motivierte Verwaltung wird anschließend eine engagierte Umsetzung vollbringen.

Teilhabe ist ein Schlüsselprinzip moderner, demokratischer Gemeinwesen. Gesunde Finanzen und nachhaltige Budgetplanung sind zentral für das Funktionieren einer Stadt/Kommune. In Potsdam wird beides zusammen gedacht. Wie funktioniert das, auf welche Weise können sich die Potsdamer Bürger bei der Budgetplanung einbringen?

Es ist sicher richtig, dass wir in Potsdam inzwischen auf eine lange Tradition des so genannten „Bürgerhaushaltes“ zurückblicken. Jährlich tausende Zuschriften mit Vorschlägen, eine hohe Beteiligung am Abstimmungsverfahren über die 20 besten Ideen sowie die gute mediale Resonanz lassen ein positives Resümee zu. Dennoch wünschte ich mir eine Evaluierung. Nach meinem Geschmack hat sich der „Bürgerhaushalt“ zu weit vom Haushalt entfernt und zu einer Sammlung aller möglichen guten und weniger guten Ideen entwickelt, zu denen die Stadtverordneten wiederum das letzte Wort haben. Ich wünschte mir eine echte Teilhabe, die auch ein gewisses Budget für bürgernahe Ausgaben – z.B. in den Wohngebieten – vorsieht.

Welchen Mehrwert bringt es, wenn Bürger*innen sich mit öffentlichen Finanzen befassen und sie sogar teilweise mitsteuern können?

Ich sehe zwei Aspekte. Zum einen entsteht eine Nähe zur Verantwortung im Umgang mit öffentlichen Geldern. Forderungen stellen ist leichter, als sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wo das Geld herkommen soll – oder was ggf. dann nicht mehr zu finanzieren ist, wenn sich die eigenen Ideen durchsetzen sollen. Daran schließt sich das Verständnis für die Haushaltssystematik an. In der Regel bleiben hunderte Seiten Haushalt doch für die meisten von uns ein Buch mit sieben Siegeln. Da hilft nur der Appell, sich zu befleißigen. Als Vorsitzender des Haushaltsausschusses bin ich unduldsam gegen Anträge, die Kosten verursachen, aber keine Deckungsquelle enthalten. Letztlich erreiche ich so, unhaltbare Versprechungen zu vermeiden oder positiv formuliert – erst etwas zu versprechen, wenn man auch weiß, ob und wie es finanziert werden kann.

Ein anderes Schlüsselprinzip des guten Regierungs- und Verwaltungshandelns ist Transparenz. Welche Rolle spielt die parlamentarische Arbeit bei der Herstellung von Transparenz?

Ich glaube, das Prinzip der Transparenz ist bei uns weitgehend umgesetzt. Heute kann dank Akteneinsichts- und Fragerecht und weitgehender Öffentlichkeit der Beratungen jede und jeder die Entscheidungswege nachvollziehen. Das schließt nicht aus, dass auch wir Stadtverordneten vor unangenehmen Überraschungen nicht sicher sind. Aber das ist die große Ausnahme. Viel wichtiger erscheint mir, in einem nächsten Schritt, das, was transparent ist, auch verständlich darzustellen. Nur, was die Bürgerinnen und Bürger verstehen, werden sie auch glauben und dadurch Vertrauen entwickeln. Ausgrenzende Sprache und nicht verständliche Darstellungen, die nicht ausreichend erklärt sind, führen zu Misstrauen. Noch viel zu wenig agieren die Verwaltung und die Parlamente in den sozialen Netzwerken, wo es schneller und kluger Reaktionsmuster bedarf, um manchen in Umlauf gebrachten, falschen Informationen überzeugend zu begegnen.

Was sind die politischen und gesellschaftlichen Folgen von mangelnder Teilhabe und fehlender Transparenz?

Die Folgen lassen sich an den Wahlergebnissen ablesen. Es mag dahingestellt bleiben, ob es allein fehlender Transparenz und mangelnder Teilhabe geschuldet ist, aber im Zusammenspiel mit sozialen Ängsten und dem Gefühl mangelnder Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern werden entweder politische Ränder links und rechts der Demokratie gestärkt oder das Meer der Nichtwähler wächst. Beides ist der Entwicklung der Gesellschaft abträglich.

Pete Heuer

Pete Heuer ist seit 2008 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Potsdam und der Vorsitzende des Finanzausschusses der Stadtverordnetenversammlung.

© Europäische Akademie Berlin e.V., August 2016
Der Artikel gibt die Auffassung des Autors wieder.

Kontakt

Europäische Akademie Berlin e.V.
Bismarckallee 46/48
14193 Berlin
+49 30 8959510
eab@eab-berlin.eu
www.eab-berlin.eu